



Newsletter

Solidaritätsnetz Ostschweiz

Informationsblatt des Solidaritätsnetzes Ostschweiz

Ausgabe 4 - August 05

INHALT:

Menschenrechte

Gebetstreff

Solinetz Fest

Besuch im Gefängnis

„wir sind die schweiz“

Infos Thurgau

Einladung VV

übrigens

Editorial

Bedingt durch die Ferienzeit läuft auch im Solidaritätsnetz Ostschweiz - wie wohl in der gesamten Schweiz - alles auf Sparflamme. Doch der Mittagstisch wird aufrechterhalten. Ein Dank an alle mitwirkenden KöchInnen. Unser Sommerfest ist in Vorbereitung.

Jedes Mitglied ist eingeladen, weitere Mitglieder für's Solidaritätsnetz zu werben. Die 1000 sind noch nicht erreicht!

... und die Herbstsession steht vor der Tür, an der über das weitere Vorgehen in der Asyl- und Ausländerpolitik entschieden wird.

„Asylpolitik versus Menschenrechte“

Weshalb solidarisieren wir uns mit Personen mit NEE?

Die Solidarität mit PNEE ergibt sich aus zwei Blickwinkeln. Zum einen wenden wir uns den Menschen zu, die auf der untersten sozialen Skala unserer Gesellschaft leben. Den Satz, den ich vor allem im Winter am meisten gehört habe hiess: "I feel rejected". Jene Frau, die in ihrer Heimat von Soldaten missbraucht wurde und jener junge Mann, dessen Familie von Rebellen und Militärs ausgelöscht wurde kamen schon als gebrochene Menschen in der Schweiz an. An jeder Bushaltestelle, an jeder Kasse im Einkaufszentrum, bei jeder Behörde erneut zu spüren, dass man nicht willkommen ist, das ist hart.

Die einen wenden sich ihnen aus Menschlichkeit zu, die anderen aus christlicher Überzeugung.

Auf der anderen Seite wurzelt die Solidarität auch im Blick auf uns selbst. Es besteht die begründete Angst, dass der raue Wind, der den PNEE ins Gesicht bläst vor uns nicht Halt macht. Der berühmte Verdacht des Missbrauchs wuchert ja nicht nur im Asylbereich. Schein-Arbeitslose, Schein-Invalide, Schein-Kranke bedrohen uns - so wird lautstark verkündet. Überall soll die Schraube angezogen werden. Weniger Sozialstaat, mehr so genannte Eigenverantwortung lauten die Schlagworte. Deshalb sind wir nicht solidarisch, weil wir "naive Gut-Menschen" sind, sondern weil wir für einen Staat kämpfen, der die Schwachen schützt und der die Potentiale aller Menschen fördert. Wir kämpfen für eine humanitäre Schweiz, die von unseren Vorfahren aufgebaut wurde. Insofern geht es um unsere eigene Würde und Identität als Schweizerinnen und Schweizer.

Exkurs: Die Menschenwürde

Wenn wir darum kämpfen, dass die Grund- und Menschenrechte in unserem Land eingehalten werden, dann geht es um Gerechtigkeit. Und Gerechtigkeit setzt voraus, dass Menschen ein Recht darauf haben, Rechte zu haben (Hanna Arendt). Gerechtigkeit meint insofern keine subjektiven Empfindungen, sondern ein Rechtssystem, das eingehalten werden muss. Nicht nur vom Einzelnen, sondern auch vom Staat. Das Asylrecht darf des-

halb nicht einseitig als verkapptes Instrument der Migrationspolitik benutzt werden, um den Staat zu schützen. Das Asylrecht muss in erster Linie Flüchtlinge schützen, die unser Land erreichen. Wenn jemand kein Asyl erhält, muss dann das Gesetz seine Wirkung behalten und angewandt werden. Die Person muss die Schweiz wieder verlassen. Die Umsetzung/ bzw. Anwendung des Gesetzes darf die Würde des Einzelnen dabei aber nicht verletzen. Im 1. Artikel der Erklärung der Menschenrechte heisst es: " Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen...." Erlauben sie mir deshalb auf den Begriff der Würde kurz einzugehen. Er scheint mir zentral.

Aus theologischer Sicht leitet sich die Würde aus der Ebenbildlichkeit der Menschen zu Gott ab. Im ersten Schöpfungsbericht steht: "Dann sagte Gott: Nun wollen wir den Menschen machen, ein Wesen, das uns ähnlich ist. ... Gott schuf den Menschen nach seinem Bild, er schuf Mann und Frau." (Gen 1,26a.27) Deshalb betonen die Kirchen, dass jeder Mensch gottgewollt ist und dass jeder Mensch eine Würde hat, die nicht von seiner Herkunft, seinem Tun oder seinem Charakter abhängt. Diese Würde ist mit der Geburt gegeben und unantastbar. Aus ihr leiten sich die Menschenrechte ab. Es ist aus diesem Grunde ein Skandal, wenn einer unserer Bundesräte vor einigen Wochen öffentlich und wiederholt die Meinung vertrat die Menschenwürde sei kein politisches oder gesellschaftliches Kriterium, weil sie beliebig interpretierbar sei. Die Achtung der Menschenwürde muss Grundlage all unseres Tuns sein, sowie die Einhaltung der Menschenrechte die Grundlage der Demokratie bilden. Aus diesem Grund ist es nicht möglich über die Würde eines Menschen oder über die Einhaltung der Menschenrechte eine Volksabstimmung durchzuführen. Denn nochmals: Ein demokratischer Staat setzt diese Grundlagen voraus.

In einem zweiten Schritt sprechen wir dann von konkreten Gesetzen, die die Würde des Einzelnen (und seine Autonomie) schützen

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die Kirchen werden den Verschärfungen in keiner Weise zustimmen können.

müssen. Die Formulierung dieser Gesetze muss einerseits die Grundrechte beibehalten und andererseits den gegebenen Verhältnissen entsprechen. Die Gesetze müssen selbstverständlich durch demokratische Beschlüsse bestimmt werden. Insofern hat das konkrete Verständnis dafür, was menschenwürdig sei oder nicht einen subjektiven Aspekt, indem sie den Verhältnissen einer Gesellschaft entsprechen sollte. Eine menschenwürdige schweizerische Politik muss sich also an den heutigen Verhältnissen in der Schweiz messen lassen.

Aus diesem Grund bezeichnen wir die bereits beschlossenen und die zusätzlich geplanten Verschärfungen im Asyl- und im Ausländergesetz nicht nur als realitätsfremd, sondern auch als unverhältnismässig und unwürdig.

Perspektiven

Die Zukunft sieht für Flüchtlinge, die unser Land erreichen zur Zeit ziemlich düster aus.

Wir befürchten, dass die geplanten Verschärfungen, die das Asylgesetz aushöhlen, dazu führen, dass gar keine Gesuche mehr gestellt werden und die Menschen gleich als Sans Papiers bei uns leben. Das kann nicht gut sein.

Falls der Nationalrat in der Herbstsession tatsächlich dem Ständerat folgen sollte, befürchte ich zusätzlich eine relativ starke Konfrontation zwischen Staat und Kirche. Die Kirchen werden den Verschärfungen in keiner Weise zustimmen können und haben das bereits wiederholt gemeinsam mitgeteilt. Eine solche Konfrontation kann nicht wünschenswert sein. Sie tut niemandem gut.

Die Warnlampen stehen in unserem Land auf rot. Viele haben noch nicht verstanden und gesehen, was auf dem Spiel steht.

Auszug der Rede am Podium vom 28. Juni 2005 in Zug. Andreas Nufer

Gebetstreff

Gebetstreff für Menschen auf der Flucht. Jeden Donnerstag im Dom.

Wir beten gemeinsam
preghiamo insieme
we pray together
nous prions ensemble
oremos
nós rezamos juntos

für
Menschen auf der Flucht

jeden Donnerstag
von 18:00 – 18:30

in der Otmarkrypta hinten im Dom
St. Gallen

Es lädt herzlich dazu ein:
Arbeitsstelle Diakonie der evang.-ref. Kirche
des Kantons St. Gallen
Pastorale Arbeitsstelle des Dekanats St. Gallen
Solidaritätsnetz Ostschweiz

Solidaritätsnetz Fest am 3. September 2005 auf dem Ringelberg.



Zusammen einen schönen Spätsommerabend verbringen: Wir laden euch herzlich zum Solidaritätsnetz-Fest ein!

Ab **15.00 Uhr** stehen auf dem **Ringelberg** (siehe Plan) Wurst, Brot, Getränke und Geschirr bereit.

Beiträge für das Salat- und Dessertbuffet sind sehr willkommen! Tische und Bänke stehen keine zur Verfügung, deshalb bitte Decke oder Klappstuhl selber mitbringen.

Das Fest findet nur bei guter Witterung statt.

Bei Unklarheiten gibt Angela Hüsemann Auskunft:

071 / 298 42 41

Der Weg ist ab den Bushaltestellen „Riethüsli, Endstation“ und „St. Georgen, Kirche“ gekennzeichnet.



Besuch im Gefängnis

Ein kühler, regnerischer Tag ist es, als Sabine und ich uns nach Z. aufmachen, um P. zu besuchen, den wir seit längerem am Mittagstisch vermisst hatten. Ein schönes Gefängnis solle es sein, ganz neu, erzählt mir ein Kollege, den ich zufällig im Dorf antreffe. Gespannt besteigen Sabine und ich den Bus, der uns Dorf auswärts führt. Auf grüner Wiese steht ein eingezäunter Bau.

Der Herr im Eingangsbüro schaut sich unsere Bewilligung an, nimmt die mitgebrachte Karte und das Mitbringsel entgegen und telefoniert dann einem Gefängniswärter, dass unser Bekannter ins Besuchszimmer gebracht werden könne. Uns erklärt er, wohin wir gehen sollen. Banges Warten vor der Trennscheibe, bis P. erscheint, uns mit warmem Lächeln begrüsst und die Hände gegen die Schei-

be streckt. Wir versuchen uns zu unterhalten, was akustisch nicht ganz einfach ist. Bei der Frage von P. „Ist es draussen warm oder kalt?“ wird mir erst bewusst, dass eine Milchglasscheibe den Blick auf die Natur verhindert. 23 Stunden sitzt der Gefangene in seiner Zelle. Eine Stunde Spazieren oder Tischtennis im gedeckten Innenhof unterbrechen den Tag. Ob er Lektüre habe oder brauchen könnte, fragt Sabine. Er lese die Bibel und bete, sagt P. und kommt mir abgeklärt und fast etwas überirdisch vor.

Nachdenklich machen wir uns nach dem Abschied auf den Heimweg. Es ist kalt in Z. – warm war nur das Lächeln unseres Bekannten.

Elisabeth Fehr

„wir sind die schweiz“



An der Grossdemonstration "wir sind die schweiz" nahmen rund 8000 Menschen teil, um ihre Besorgnis und ihre Wut gegenüber der herrschenden Asylpolitik kund zu tun. Auch das Solidaritätsnetz Ostschweiz war dabei mit der Forderung "Menschenwürde für alle" und 400 roten Ballonen.

Bild: Der Umzug vor dem Berner Münster. (Im Hintergrund die bekannte Darstellung vom Jüngsten Gericht...) D.L.

Thurgau

Hallo Netz Ostschweiz

Die Situation der NEE im Thurgau ist folgende: Sie werden in einem Heim untergebracht und erhalten normal zu essen. Sie werden von der Fremdenpolizei (Frepo) regelmässig vorgeladen und angehalten, etwas für Ihre Ausreise zu tun. Aber ob sie mitmachen oder nicht hat keinen Einfluss auf die Unterbringung. Im Moment sind aber lediglich acht Personen dort. Der Bundesgerichtsentscheid hat sofort Wirkung gezeigt. Vorher durften

nur die bleiben, die sich um ihre Ausreise bemüht haben. Wenn es zu Ausschaffungshaft kommt, müssen die Leute ins Kantonalgefängnis. Sie können dort arbeiten, aber es ist klar, dass der Aufenthalt im Gefängnis nicht gesetzeskonform ist. Dessen ist sich die Gefängnisleitung bewusst. In A-Haft sind im Schnitt 4 Leute. Wo sich wohl die alle aufhalten, die auch noch in den Thurgau gehörten?

Herzlicher Gruss
Vroni Zimmermann AGAThu

**23 Stunden in der Zelle.
Besuche von Personen
mit NEE im Gefängnis.**

**8000 Menschen an der
Kundgebung in Bern.**

**Wo sich wohl die auf-
halten, die auch noch
dem Thurgau zugeteilt
sind?**

An alle Mitglieder
Des Solidaritätsnetzes Ostschweiz
und weitere Interessierte

St.Gallen, 30. Juli 2005

Einladung zur Vollversammlung

Liebe Freundinnen und Freunde
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne laden wir Sie und Euch zur 6. Vollversammlung ein. Wie sie wissen, berät der Nationalrat in der Herbstsession die Revision des Asyl- und Ausländergesetzes. Die Staatspolitische Kommission schlägt vor dem Ständerat zu folgen und wesentliche Verschärfungen einzuführen. Wir sind der Meinung, dass dies das Asylgesetz als solches aushöhlt und faktisch zu einem unbrauchbaren Instrument macht. Gerne möchten wir mit Euch, mit Ihnen über unser Vorgehen und unsere Position als Solidaritätsnetz in dieser Situation diskutieren. Zusätzlich gibt es einige praktische Fragen zu klären.

Montag, 29. August 2005
19.30 - 21.30 Uhr
in der Kirche Halden, St.Gallen
(Oberhaldenstrasse 25, Bus Nr. 7 bis Achslen)

1. Begrüssung
2. Kurzinfos
3. Blick nach vorne: Reaktion auf Beschlüsse im Nationalrat? Referendum? Politische Perspektiven (Diskussion und Beschluss)
4. Mittagstisch
5. Gefängnisbesuche
6. Beratung von Personen mit Nicht Eintretensentscheid
7. Varia

Übrigens

- 250 Tage Mittagstisch für Personen mit NEE.
- 700 Mitglieder zählt das Solidaritätsnetz heute. Die Aktion „Jede/r wirbt ein Mitglied“ läuft weiter.
- 800 Unterschriften für den offenen Brief an die NationalrätInnen wurden bis heute gesammelt. Eisenbeschluss bis 15. August 05 !
- Wir besuchen ostschweizer NationalrätInnen und werben für unsere Anliegen.
- Das Buch „Und es sind Menschen auf der Flucht“ erscheint erst im November und nicht wie vorgesehen im September. Voraussichtlich gibt es eine Pressekonferenz am 10. November 05 in Rheineck und am 17. November 05 eine öffentliche Vernissage im Bahnhofgebäude St. Gallen.
- Die versteckten Kranken eine Veranstaltung der Caritas zum Thema: Gesundheitsversorgung von Sans-Papiers. Jeweils Mittwoch von 14 bis 17 Uhr. 31. August, Chur, Kirchgemeindehaus Titthof. 14. Sept. St.Gallen, Katharinenaal und 21. Sept. Frauenfeld, Eisenwerk.
- Im Kanton GR wurde die Nothilfe für PNEE mindestens in einem Fall verweigert.
- Magdalene Pues übernimmt die Koordination der Zukunftsberatung.
- Der Kanton Waadt wird Personen mit NEE statt Nothilfe wieder Sozialhilfe ausrichten. Das Waadtländer Verwaltungsgericht hat entschieden, dass für die Nothilfe eine gesetzliche Grundlage fehlt.

**SOLIDARITÄTSNETZ
OSTSCHWEIZ**

c/o Oberer Graben 31
9000 St.Gallen

E-Mail: info@solidaritaetsnetz.ch
www.solidaritaetsnetz.ch

Vollversammlung Solidaritätsnetz Ostschweiz.

**Montag, 29. August 05,
19.30 h Kirchgemeindehaus Halden.**